

Michèle Auga

THE BIG CHANGE?

**GROSSBRITANNIENS
EXIT AUS DEM
POPULISMUS**





Der Inhalt dieses Buches wurde auf
Recyclingpapier gedruckt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0687-1

Auch als E-Book erhältlich: ISBN 978-3-8012-7067-4

Copyright © 2025 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Tel. 0228/18 48 77-0 | info@dietz-verlag.de

Der Verlag behält sich das Text- and Data-Mining nach § 44b UrhG vor,
was hiermit ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Umschlag: Petra Böhner, Köln
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: Plump Druck & Medien GmbH, Rheinbreitbach
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2025

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Kapitel 1 Der Verrat	7
Kapitel 2 Das Virus im System	15
Kapitel 3 Der König der Welt	27
Kapitel 4 Havarie	37
Kapitel 5 Sex, Drugs and Rock 'n' Roll	55
Kapitel 6 Familienkrach und Klassenkampf	71
Kapitel 7 Culture Wars	85
Kapitel 8 Die rote Büchse der Pandora	103
Kapitel 9 Broken Britain	119
Kapitel 10 Partner in Crime?	137
Kapitel 11 Die grüne Revolution	157
Kapitel 12 Low Budget Honeymoon	179
Kapitel 13 Progressiver Realismus	205
Die Autorin	224

*History recalls how great the fall can be
While everybody's sleeping, the boats put out to sea
Borne on the wings of time
It seemed the answers were so easy to find
»Too late«, the prophets (profits) cry
The island's sinking, let's take to the sky*

Supertramp, Fool's Overture, 1977

Kapitel 1

Der Verrat

Auf dem Höhepunkt des Britischen Imperiums im Jahr 1922 war das Vereinigte Königreich das größte Reich, das die Welt je gesehen hatte. Es bedeckte etwa ein Viertel der Landfläche der Erde und herrschte über 458 Millionen Menschen. Kaum ein anderes Land konnte bis dahin auf dieselbe rechtliche, politische und wirtschaftliche Kontinuität verweisen wie »die Insel«. Kaum ein anderes Land war so sehr mit sich im Reinen wie das Vereinigte Königreich. »Rule Britannia«! Sklavenhandel, Rassismus und auf Ausbeutung begründeter Reichtum waren noch keine Themen, die den gesellschaftlichen Diskurs in Wallung brachten.

Die größte Wirtschaftsmacht der Welt wurde, beschleunigt durch den Ersten Weltkrieg, zwar bald von Amerika abgelöst – der eigenen Kolonie. Aber gegen den Faschismus und die Brutalität eines einsetzenden Zweiten Weltkriegs setzte sich London standhaft zur Wehr. So groß war die Identifikation mit dieser Geschichte von Freibeutern, Admirälen und Kaufleuten bis hin zu mutigen Bürgern, die die eigenen gestrandeten Soldaten mit Fischerbooten aus den deutschen Fängen vor der belgischen Küste retteten, dass sie sich – wenn auch lange unreflektiert – ins kollektive Gedächtnis einbrannte. Noch in den 1970er-Jahren fand diese Erinnerung Eingang in die Popkultur einer Band wie Supertramp: Unterlegt von den Glockenschlägen Big Bens ruft in dem Song »Fool's Overture« die Stimme Winston Churchills aus dem Jenseits: »We will never surrender!« – Wir werden niemals aufgeben.

Die Politik einer multipolaren Welt von heute mit aufstrebenden Mächten des globalen Südens wie Brasilien, China oder Indien wür-

de Großbritanniens größtem Premier der Geschichte wohl einiges an Kopfzerbrechen bereiten. Mitte der 1990er-Jahre war die Wirtschaft des Königreiches noch so groß wie die von China und Indien zusammengerechnet. Nur ein knappes Vierteljahrhundert später hat Indien die ehemaligen Kolonialherren ökonomisch überholt, und China liegt auf Platz zwei der größten Wirtschaftsnationen der Welt. Mit Rishi Sunak wurde ein Nachfahre indischer Einwanderer Premierminister, und David Lammy von der Labour Party, dessen guyanischen Eltern Mitte der 1940er-Jahre zur berühmten »Windrush-Generation« kарибischer Einwanderer gehörten, nahm sich wie selbstverständlich vor, der erste schwarze Außenminister des Landes zu werden.

Die Welt ist ein Dorf geworden. Ob es um den Klimawandel geht, die Künstliche Intelligenz, technologische Innovationen, den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft oder die gemeinsame Bekämpfung von menscheitsbedrohenden Pandemien: Kein Land kann mehr allein agieren, und multilaterale Zusammenarbeit muss das Gebot der Stunde sein. »Doch«, so schrieb David Lammy in der Zeitschrift »Foreign Affairs« im April 2024, »anstatt diese globale Entwicklung anzuerkennen und sich der Herausforderung zu stellen«, hat die Konservative Partei die britische Regierung in den letzten 14 Jahren nach innen gekehrt. Die Tories seien »tief in Nostalgie versunken« und hätten »die Stellung des Vereinigten Königreichs in der Welt verleugnet«. Ohne über einen klaren Plan für das weitere Vorgehen zu verfügen, habe man die EU verlassen. »Sie verachten den weltweiten Ruf des Landes als Garant für Rechtsstaatlichkeit [...] und drohen sogar, die Europäische Menschenrechtskonvention zu verlassen.« In der Tat sind diese, im Zuge der »Ruanda-Asylpolitik« geäußerten Ideen im Mutterland der Demokratie für viele Menschen befremdlich.

Lammys Kritik setzt an der Wurzel des britischen Selbstverständnisses an: der durch die Magna Charta seit 1215 verbrieften Unverletzlichkeit der Menschenwürde. Im ältesten Freiheitsdokument der westlichen Welt sicherte König Johann seinen aufständischen Baronen zu, dass kein freier Mann verhaftet, angegriffen oder entrechtet werden dürfe. Der Willkür sollte ein Ende gesetzt werden. Bis heute

schränkt dieser Rechtsanspruch die Gewalt des Monarchen und des Staates ein und baute die Herrschaft des Rechts (Rule of Law) aus.

Immer größer wurde in der Folge die Macht des »Rates der Gemeinden« (der *commons*), in dem über die Vorhaben des Königs und den Staatshaushalt »parliert« wurde. Das erste Parlament – das House of Commons – war geboren. Recht und Gesetz standen über der Krone. Nach einer sehr kurzen republikanischen Episode (1649–1660) durch einen diktatorisch agierenden Oliver Cromwell setzte sich die Idee des Parlaments als Inhaber der Staatsgewalt in der glorreichen Revolution von 1688/89 fort. Das Parlament sollte bestimmen, wer König ist, und der König sollte sich nie wieder mit Gewalt Zugang in das Unterhaus verschaffen können. Der letzte Versuch dieser Art scheiterte 1642, als Charles I. mit seiner Leibgarde in den Westminster Palace eindrang und für dieses Vergehen – wenn auch nicht nur dafür – auf dem Schafott landete.

Nach der Flucht seines Sohnes Charles II. nach Frankreich griff man auf die über vierhundert Jahre alte Magna Charta zurück und entwickelte das Prinzip des frei geborenen Engländers (freilich noch nicht der Engländerin) 1689 weiter zum »Bill of Rights«. Bis heute ist die »Bill« ein wichtiges Gesetz im britischen Verfassungsrecht, das die Erhebung von Steuern regelt, Bürgerrechte zuweist und über das Militär bestimmt. Die Freiheit des Parlaments kann durch kein Verfassungsgericht außerhalb des Parlaments beschnitten werden. De jure ist der »König im Parlament« der Souverän, de facto jedoch das House of Commons. Nicht das (Verfassungs-)recht muss daher geschützt werden, sondern die Freiheit. Das ist bis heute der Kern der britischen Parlamentssoveränität. Kaum jemand konnte ahnen, dass dieses Argument 1776 ausgerechnet von den eigenen abtrünnigen Untertanen in Nordamerika gegen Westminster selbst erhoben werden sollte.

Von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, über die »Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne« 1791 in Frankreich, die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« von 1948 bis zur »Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten« (EMRK) aus dem Jahr 1950 zieht sich also der Geist

der Magna Charta. Wie um alles in der Welt, so Lammy, könne eine britische Regierung diese Tradition verraten?

Albert Venn Dicey, der 1922 verstorbene, berühmte britische Oxford-Professor und Begründer der modernen britischen Verfassungslehre, würde ihm wahrscheinlich antworten: »A parliament is either sovereign or it is not« – ein Parlament ist entweder souverän oder es ist es nicht. Sollte das Unterhaus morgen beschließen, dass der Himmel pink sei, so ist der Himmel pink. Sollte Ruanda kein sicheres Herkunftsland für Asylsuchende sein, dann kann das Parlament es dazu erklären. Zumindest deutete die Politik der Konservativen Partei auf ein entsprechendes Rechts- und Verfassungsverständnis hin.

Es war erst 1998, unter der Regierung Tony Blair, gelungen, die Europäische Menschenrechtskonvention zu bindendem nationalem Recht im Vereinigten Königreich zu machen, mit der Folge, dass britische Gerichte auch nach dem Brexit Konventionsverstöße feststellen und das Parlament zur Behebung derselbigen anrufen können. Aus Sicht des populistischen Flügels der Konservativen wäre ein solcher »europäischer Akt« jedoch nichts anderes als eine chauvinistische Kränkung. Einen Austritt aus der europäischen Menschenrechtskonvention würden sie nicht als Problem, sondern als eine Beseitigung von Demokratiedefiziten empfinden. Ja, der Vorwurf David Lammys, man habe sich mit dem Brexit nach innen gewandt, sei korrekt. Nur, worin bestünde denn das Problem?

Im Rückblick verletzte das Referendum drei wichtige, über die Jahrhunderte gewachsene politische Prinzipien des britischen Systems: erstens das Prinzip der Parlamentssouveränität, zweitens das Prinzip der treuhänderischen Vertretung in der repräsentativen Demokratie und drittens das demokratische Prinzip der politischen, rechtlichen und moralischen Gleichheit aller Bürger. Mit dem Brexit war das infektiöse Virus des Populismus im System angekommen und suchte sich seine Wirtszellen in der politischen Verfasstheit einer über 300 Jahre alten Demokratie.

Seit der »Bill of Rights« von 1689 war die parlamentarische Souveränität identitätspolitischer Bestandteil der englischen Geschichte.

Anders als in Kontinentaleuropa und insbesondere in Deutschland, wo sich der Adel solange gegen die Zuweisung von mehr Rechten an das Volk zur Wehr setzen konnte, bis das feudalistische System infolge eines Weltkriegs komplett abgewirtschaftet hatte, war dieses Verhältnis an der Themse seit Langem geklärt: Das Parlament ist Träger der unbeschränkten Staatsgewalt. Punkt. Bis heute ist der Grundrechtstext auf der mittlerweile sehr vergilbten Pergamentrolle heilig und selbstverständlich digitalisiert und über zwei Klicks auf der Homepage des Parlaments in Westminster abrufbar. Plebiszitäre Elemente einer direkten Demokratie – wie sie im Brexit-Votum zum Ausdruck kamen – waren im Mutterland der Demokratie jedoch nicht vorgesehen. Vor allem aber waren sie nicht eingeübt und handwerklich alles andere als ausgereift.

Abgeordnete in Westminster waren bislang »Treuhänder« ihres Wahlkreises. Sie besaßen die Autonomie, nach eigenem Wissen und Gewissen zu entscheiden, und sei es gegen den ausdrücklichen Wunsch ihrer Wähler. Edmund Burke (1729–1797), ein irischer Abgeordneter, Philosoph und Gegner der Sklaverei, der als geistiger Vater des Konservatismus gilt, hatte diesen Grundsatz auf die Spitze getrieben. Sein Verhalten im Parlament, so Burke, solle von seinem Wissen und seiner Erfahrung geprägt sein, damit er dem öffentlichen Interesse dienen könne: »Ich kann meine unvoreingenommene Meinung, mein reifes Urteil, mein aufgeklärtes Gewissen nicht Ihnen, irgendeinem Mann oder irgendeiner Gruppe von Lebenden opfern.« Als Volksvertreter schulde er seinen Wählern nicht nur seinen Fleiß, sondern auch sein Urteilsvermögen. Es sei Verrat, »statt Ihnen zu dienen, wenn ich es Ihrer Meinung opfere«, so Burke 1774, und er setzte fort: »Ihr wählt zwar ein Mitglied, aber wenn ihr es gewählt habt, ist es kein Mitglied von Bristol, sondern ein Mitglied des Parlaments.« Auch das deutsche Grundgesetz kennt dieses freie Mandat und hat ihm in Artikel 38 Ausdruck verliehen. Zweimal gab das Vereinigte Königreich dieses Prinzip auf der nationalen Ebene auf: 1975, als die Bevölkerung den 1973 erfolgten Eintritt des Landes in die EU bestätigen sollte, und 2016, als es ihn wieder rückgängig machte.